



Basel, 4. Juli 2012

Medienmitteilung der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU)

Ida Nomex Bericht zu Atomunfällen an den Bundesrat zeigt:

Schwere Mängel beim Katastrophenschutz

In der Schweiz ist der Schutz der Bevölkerung bei schweren Unfällen in Atomkraftwerken (AKW) nicht gewährleistet. Dies geht aus dem Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe IDA NOMEX an den Bundesrat hervor, den der Bundesrat heute veröffentlicht hat. Darum fordern die AefU die Stilllegung zumindest der Alt-AKW Mühleberg und Beznau.

Die Schweizer Behörden sind bei einem AKW-Unfall „weder organisatorisch, personell noch materiell auf ein mehrwöchiges Krisenmanagement vorbereitet“. Dieses Fazit zieht die interdepartementale Arbeitsgruppe Ida Nomex in ihrem Bericht an den Bundesrat. Die Mängelliste ist lang, die die Kommission im Gefolge der Atomkatastrophe von Fukushima im Auftrag des Bundesrats zusammengestellt hat: So sind die Behörden heute nicht in der Lage, alle Stäbe und Rettungskräfte zuverlässig aufzubieten, da dies „nur über öffentliche Mobilfunknetze“, also Handys geschieht.

Normales Telefon als einziges Kommunikationsmittel zum havarierten AKW

Auch im Katastrophenfall können die Behörden mit dem havarierten AKW nur über normale öffentliche Telefonnetze sprechen, „welche bei Stromausfall bestenfalls noch wenige Stunden funktionieren“, schreibt die Kommission. Offen sind auch sehr grundlegende Fragen wie z.B. wann und wie die Zone 1 (3-5 km um die AKWs) evakuiert bzw. eine grossräumigere Evakuierung durchgeführt werden soll. Auch die medizinische Versorgung der Bevölkerung klappe höchstens mehrere Tage. Zwar sei im gültigen Notfallschutzkonzept eine „Kontaktstelle“ für die individuelle Betreuung der Menschen vorgesehen. Aber: „Die Standortkantone können heute zusammen eine solche Kontaktstelle mit beschränkter Kapazität (1'000 Personen/Tag) nur über wenige Tage betreiben“, so die Ida Nomex. „Ungeklärt“ sei auch „die medizinische Behandlung von kontaminierten Personen“, hält die Kommission fest.

Krisenstäbe halten nicht durch

Fukushima habe außerdem „verdeutlicht, dass die Durchhaltefähigkeit der Notfall- und Krisenstäbe bei einem Extremereignis in der Schweiz nicht überall gegeben ist.“ Anders ausgedrückt: Bei einem schweren Atomunfall ist die Führung durch gewisse Katastrophenstäbe nicht länger als einige Tage gesichert.

Im Widerspruch zum Atomgesetz

„Die Mängelliste ist lang und der Schutz der Bevölkerung schlecht“, bilanziert Dr. med. Peter Kälin, Präsident der AefU. „Der Bericht zeigt, dass ein Bevölkerungsschutz, wie ihn das Atomgesetz als Bedingung für den Betrieb der AKWs verlangt, in der Schweiz heute höchstens in Ansätzen vorhanden ist. Somit widerspricht der Weiterbetrieb insbesondere der Uralt-AKW Mühleberg und Beznau den gesetzlichen Vorgaben“, hält der AefU-Präsident fest. Deshalb verlangen die AefU die sofortige Stilllegung zumindest dieser beiden AKW.

Kontakt:

Dr. med. Peter Kälin, Leukerbad, Präsident AefU 079 636 51 15
Dr. Martin Forter, Basel, Geschäftleiter AefU 061 691 55 83